

**BDEW Bundesverband  
der Energie- und  
Wasserwirtschaft e.V.**  
Reinhardtstraße 32  
10117 Berlin

**Bereich Kommunikation**  
Telefon:  
+49 30 300199-1164  
Telefax:  
+49 30 300199-3190  
presse@bdew.de  
www.bdew.de

Pressekonferenz der gasfachlichen Aussprachetagung 2009 im Rahmen  
des Jubiläumskongresses „150 Jahre DVGW“

22. September 2009, Leipziger Neue Messe, Raum M 1

**Pressstatement Dr. Anke Tuschek,  
Mitglied der Hauptgeschäftsführung des Bundesver-  
bandes der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW)**

**Es gilt das gesprochene Wort!**

Der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW), Berlin, vertritt rund 1 800 Unternehmen. Das Spektrum der Mitglieder reicht von lokalen und kommunalen über regionale bis hin zu überregionalen Unternehmen. Sie repräsentieren rund 90 Prozent des Stromabsatzes, gut 60 Prozent des Nah- und Fernwärmeabsatzes, 90 Prozent des Erdgasabsatzes sowie 80 Prozent der Trinkwasser-Förderung und 60 Prozent der Abwasser-Entsorgung in Deutschland.

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich möchte zwei Themen ansprechen, die aus gaswirtschaftlicher Sicht die öffentliche Diskussion dominieren: Gaspreise und Versorgungssicherheit.

Die Gaspreise sind in Deutschland im Jahr 2009 flächendeckend gesunken. Schon im Januar dieses Jahres, also mitten in der vergangenen Heizperiode, haben zahlreiche Versorger mit Preissenkungen auf die Entwicklung an den Beschaffungsmärkten reagiert. Allein in den ersten sechs Monaten dieses Jahres hat es über 1200 Preissenkungen der Gasversorger gegeben.

Mittlerweile sind die Gaspreise für Haushaltskunden in Deutschland im Schnitt auf dem niedrigsten Stand seit Ende 2007. Daran zeigt sich: Die Gasversorger geben sinkende Beschaffungskosten an die Kunden weiter. Und die Gaspreise in Deutschland sinken derzeit weiter. Nach einer Erhebung des Energie Informationsdienstleisters ‚GET AG‘ für den BDEW haben knapp 230 Gasversorger die Preise zum 1. September gesenkt oder senken ihre Tarife zum 1. Oktober. Diese Preissenkungen betragen im Durchschnitt rund acht Prozent.

Aufgrund des immer intensiver werdenden Wettbewerbs haben die Unternehmen ein besonderes Interesse daran, ihren Kunden die bestmöglichen Konditionen anzubieten. Die Gasversorger nutzen die verschiedenen Beschaffungsoptionen, um Erdgas möglichst günstig einzukaufen. Denn auch auf der Stufe der Vorlieferanten gibt es immer stärkere Konkurrenz.

Der Wettbewerb auf dem deutschen Erdgasmarkt funktioniert und gewinnt zunehmend an Dynamik. Seit zwei Jahren erleben wir eine neue Welle des Wettbewerbs im Haushaltskundengeschäft. Diese Entwicklung belegt beispielhaft das wachsende Angebot auf dem Erdgasmarkt und das Kundenverhalten:

Die Zahl der verschiedenen Produkte und Anbieter, zwischen denen die Kunden wählen können, nimmt stetig zu. Weitere Unternehmen haben angekündigt, in den bundesweiten Gasvertrieb im Haushaltskunden-Bereich einzusteigen. Im Durchschnitt haben die Kunden nach einer Untersuchung der ‚GET AG‘ mittlerweile die Auswahl zwischen zwölf Anbietern je Postleitzahlgebiet (höchste Anzahl: 29, niedrigste Anzahl: 3).

Nach einer Untersuchung der Beratungsgesellschaft ‚ene‘t GmbH‘ treten bislang insgesamt 114 Unternehmen in Konkurrenz zu den jeweiligen Grundversorgern.

Immer mehr Kunden nutzen ihre Wahlmöglichkeiten im Gasmarkt: Mittlerweile haben nach einer Erhebung des BDEW 23 Prozent der Haushaltskunden ihren Tarif oder ihren Erdgaslieferanten gewechselt. Ende 2007 lag dieser Wert noch bei elf Prozent. Das ist das Ergebnis einer repräsentativen Studie, die der BDEW in Auftrag gegeben hat.

Die weitere Reduzierung von Gasmarktgebieten auf nur noch drei L- und drei H-Gasmarktgebiete bedeutet eine weitere Vereinfachung auf dem Gasmarkt. Der Wettbewerb wird sich nach unserer Einschätzung weiter intensivieren.

Meine Damen und Herren,

gestatten Sie mir noch einen kurzen Blick auf das Thema Versorgungssicherheit Erdgas:

Die Gasliefersituation im Januar ist Ihnen sicherlich noch in lebhafter Erinnerung. Die Unternehmen der deutschen Gaswirtschaft haben in dieser Situation nicht nur die sichere Versorgung in Deutschland gewährleistet, sondern sie haben darüber hinaus ost- und südeuropäische Länder mit zusätzlichem Erdgas versorgt. Nach einer Analyse des Energiewirtschaftlichen Instituts der Universität zu Köln hat die deutsche Gaswirtschaft während der Lieferunterbrechung über 30 Millionen Kubikmeter Erdgas pro Tag für andere Länder zur Verfügung gestellt. Dies zeigt: Erdgas ist sicher.

Der Gasstreit im Januar dieses Jahres hat auch die europäische Politik auf den Plan gerufen: Aktuell fordert das Europäische Parlament in einer Resolution die Mitgliedstaaten der Europäischen Union unter anderem dazu auf, die Gasvorräte in Europa auszubauen. Das Europäische Parlament unterstützt prinzipiell den Entwurf einer neuen Gasversorgungssicherheitsverordnung, die die Europäische Kommission vor Kurzem vorgelegt hat. Darin fordert die Kommission die Etablierung gemeinsamer europäischer Mindeststandards, die alle EU-Mitgliedstaaten einhalten sollen. Dabei geht es zum Beispiel um den Ausbau von Speicherkapazitäten oder den Ausbau des Gasnetzes.

Aus Sicht der deutschen Gaswirtschaft ist es grundsätzlich sinnvoll, gemeinsame Mindeststandards zur sicheren Versorgung für alle Mitgliedstaaten vorzugeben. In den Vorschlägen aus Brüssel muss nach unserer Auffassung aber noch klarer zum Ausdruck kommen, dass die Hauptverantwortung für eine sichere Versorgung bei den europäischen Erdgasunternehmen selbst liegt. Die Rolle der Unternehmen muss deutlich hervorgehoben werden, statt sehr niedrige Schwellen für ein staatliches Eingreifen auf europäischer Ebene anzusetzen, wie es die Europäische Kommission vorschlägt.

Ein zu frühzeitiges Eingreifen der EU-Kommission führt nicht zu mehr, sondern zu weniger Versorgungssicherheit, da die Gefahr besteht, dass nationale Verantwortung an die EU delegiert wird. Jeder Mitgliedstaat muss zuerst die eigenen Instrumente zur Sicherung der Versorgung ausbauen, bevor er Solidarität im Krisenfall einfordern kann. Der dreistufige Gemeinschaftsmechanismus hat sich gerade während der Liefersituation im Januar dieses Jahres bewährt. Er muss auch in der neuen Verordnung ausdrücklich verankert werden. Dieser Mechanismus legt fest, dass im Falle von Lieferunterbrechungen zunächst die Unternehmen für die Sicherstellung der Versorgung verantwortlich sind, dann die Mitgliedstaaten und erst zum Schluss die EU.

Ein für die Gaswirtschaft ganz zentraler Punkt: Die Möglichkeit des Rückgriffs auf "Strategische Speicher", wie sie im Anhang des Entwurfs der Europäischen Kommission genannte genannt wird, darf nicht zu einer verpflichtenden Vorhaltung solcher Speicher in allen Mitgliedstaaten führen. Eine solche strategische Reserve würde Erdgas verteuern und die Verbraucher

unnötig belasten. Solidarität, wie sie die EU will, kann keine Einbahnstraße sein, wie das etwa bei einer diskutierten Sozialisierung der Erdgasspeicher der Fall wäre.

Bereits heute verfügt die deutsche Gaswirtschaft über das größte Speichervolumen in der Europäischen Union. Diese enormen Kapazitäten sind das Resultat privatwirtschaftlichen Handelns. Die Unternehmen handeln marktnäher und unbürokratischer. Ein staatlicher Eingriff steht letztendlich nicht für mehr, sondern für weniger Versorgungssicherheit.

Meine Damen und Herren,

soviel in aller Kürze zu zwei zentralen Themen unserer Branche. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.